

Kapitalismus und Imperialismus

Von Professor Dr. Wilhelm Röpke, Marburg-Istanbul

I.

Die Geschichte der europäischen Expansion ist nicht nur eine Geschichte der friedlichen Ausdehnung der wirtschaftlichen Verkehrsbeziehungen über den ganzen Erdball hin, sondern zugleich und in noch viel auffallenderer Weise eine Geschichte der Eroberungen, der Rohheiten und Brutalitäten, mit denen die Völker europäischer Rasse, gestützt auf ihre wirtschaftliche und technische Überlegenheit, sich den Erdball in offener oder verschleierter Form unterworfen haben. Diese gewaltsame Expansion ist zugleich zu einer der Hauptquellen von Reibungen der expandierenden Völker untereinander geworden, die sich von Zeit zu Zeit in Kriegen der europäischen Mächte entladen haben. So ist in der Tat die Geschichte der europäischen Expansion auf jeder Seite «mit Blut und Feuer geschrieben worden». Es scheint, als habe es keine Brutalität, die zu verwerflich, und keine Intrigue gegeben, die zu heimtückisch gewesen wäre, wenn sie geeignet erschienen, den Bereich der Herrschaft der europäischen Rassen auszudehnen. Und es scheint ferner, als habe es für den europäischen Machthaber nur zwei Grenzen gegeben, — den Widerstand des Volkes, das man unterwerfen wollte, und die Eifersucht der anderen «imperialistischen» Mächte. Es muss zugegeben werden, dass es rühmliche Ausnahmen gegeben hat, unter denen der Jesuitenstaat in Paraguay und die Kolonie der Quakers in Pennsylvania als strahlende Beispiele der Nächstenliebe und der Achtung vor der Würde des Menschen besonders hell hervorleuchten. Aber diese Ausnahmen sind doch nur Ausnahmen und Episoden geblieben, — Oasen in einer Wüste der Herrschsucht und der Machtgier. Brutal, hochmütig, verschlagen, heuchlerisch und rücksichtslos gegenüber Eigentum, Leben und Ehrgefühl der Unterworfenen und der Schwachen, — in diesem Lichte haben die Opfer der europäischen Expansion den weissen Eroberer ein Jahrhundert lang gesehen, bis ihnen der Weltkrieg das Schauspiel bot, dass die Eroberer diese selben Eigenschaften in höchster Steigerung gegeneinander hervorkehrten.

Diese europäische Expansion, die zugleich in wachsendem Masse zu Reibungen und Konflikten der Grossmächte untereinander geführt hat, pflegt man seit einigen Jahrzehnten mit einem Ausdruck, der zuerst in England Verbreitung gefunden hat, als Imperialismus zu bezeichnen. Der Imperialismus fällt nun zusammen mit der Entwicklung und Ausbreitung jenes heute die Welt beherrschenden Wirtschaftssystems, das wir als Kapitalismus bezeichnen. Es liegt daher ausserordentlich nahe, eine enge ursächliche Verbindung zwischen Imperialismus und Kapitalismus zu vermuten. Diese Vermutung hat sich längst zu Behauptungen verdichtet, die mit grosser Selbstsicherheit vorgetragen

werden. Sie laufen trotz grosser Unterschiede in der Begründung ungefähr auf dasselbe Ergebnis hinaus, und dieses Ergebnis lautet: Der Imperialismus ist eine Folge des Kapitalismus. Anders ausgedrückt: Der Kapitalismus treibt mit derselben unwiderstehlichen Kraft, mit der er im Innern der Staaten alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse rücksichts- und mitleidslos revolutioniert, diese selben Staaten auf den Weg der Eroberung und des gewaltsamen Kampfes um wirtschaftliche Absatz- und Einflussphären. Der Imperialismus erscheint damit als ein «systemnotwendiger» Bestandteil des Kapitalismus.

Die ökonomische Interpretation des Imperialismus hat eine doppelte Bedeutung, eine wissenschaftliche und eine politische. Die wissenschaftliche Bedeutung liegt darin, dass nunmehr eine Erklärung des Imperialismus gefunden zu sein scheint, die uns nicht nur die Geschichte der letzten 50 Jahre besser verstehen lehrt, sondern auch eine vorsichtige Prognose der zukünftigen Entwicklung erlauben würde. Die ökonomische Imperialismustheorie erscheint damit als eine Sonderform der materialistischen Geschichtsauffassung. So wie die materialistische Geschichtsauffassung Recht, Politik, Religion und Geistesleben nur als den «ideologischen Überbau» des jeweiligen Wirtschaftssystems gelten lässt, so reduziert auch die ökonomische Imperialismustheorie die imperialistische Politik der Nationen auf einen blossen Reflex des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Auch die diese Politik begleitende «Ideologie» — die etwa von der «Bürde des weissen Mannes» und sonstigen die wahren imperialistischen Ziele verhüllenden Dingen spricht — wird auf den Rang eines solchen ökonomischen Reflexes reduziert. Die politische Bedeutung auf der anderen Seite ergibt sich aus der Erwägung, dass, wenn die ökonomische Imperialismustheorie richtig ist, eine gegen den Imperialismus gerichtete Politik ihren Weg offenbar nur über die Bekämpfung des Kapitalismus nehmen kann. Umgekehrt liefert die ökonomische Imperialismustheorie den Gegnern des Kapitalismus eine neue und besonders scharfe Waffe gegen den Kapitalismus, da sie geeignet ist, alle diejenigen, die Gegner des Imperialismus sind, in die antikapitalistische Front einzureihen. Diese doppelte politische Rolle der ökonomischen Imperialismustheorie wird besonders klar durch einen Vergleich Russlands mit allen jungen und aufstrebenden Völkern des nahen und fernen Orients. Für Sowjetrussland und seine Ideologie ist der Antikapitalismus das Primäre und die ökonomische Imperialismustheorie etwas Sekundäres, d. h. Sowjetrussland ist aus dem Wunsche entstanden, ein sozialistisches Gemeinwesen zu schaffen, und die ökonomische Imperialismustheorie hat lediglich dazu gedient, die sozialistische Revolution in Russland ideologisch vorzubereiten und danach auch den übrigen Nationen die Unausweichlichkeit eines Zusammenbruchs des Kapitalismus klarzumachen. Für jene aufstrebenden Völker des nahen und fernen Orients aber, die sich erst vor kurzem vom imperialistischen Einfluss der Grossmächte befreit haben oder erst im Kampfe um ihre politische Emanzipation stehen, ist der Antiimperialismus offenbar das Primäre, und erst in dem Grade, in dem es gelingt, sie von der Richtigkeit der ökonomischen Imperialismustheorie zu überzeugen, werden sie sich zugleich gegen den Kapitalismus als die vermeintliche

Quelle der Störung des Völkerfriedens wenden. Während also in Russland die antiimperialistische Ideologie als eine Sekundärideologie aus der antikapitalistischen Primärideologie entsteht, folgt bei den aufstrebenden Völkern des nahen und fernen Orients die antikapitalistische Ideologie als Sekundärideologie der antiimperialistischen Primärideologie.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die wissenschaftliche Bedeutung der ökonomischen Imperialismustheorie nicht nur darin liegt, dass sie eine Deutung der Vergangenheit liefert, sondern auch darin, dass sie sich zu prognostischen Zwecken verwerten lässt. Dieser Punkt ist gerade im gegenwärtigen Augenblick von so grosser Wichtigkeit, dass er besondere Hervorhebung verdient. Alle Menschen beschäftigt das erschütternde Schauspiel, das uns der katastrophale Wirtschaftsverfall der letzten Jahre bietet. Viele sind dabei zu dem naheliegenden und verführerischen Schluss gekommen, dass es der Totenkampf des Kapitalismus ist, der sich in diesem Wirtschaftsverfall vollzieht. Ob dieser Schluss berechtigt ist oder nicht, hat uns an dieser Stelle nicht zu beschäftigen. Uns interessiert daran hier nur der Umstand, dass es unter anderem auch die ökonomische Imperialismustheorie ist, die zur Begründung herangezogen wird. Der Gedankengang ist dabei folgender: Unzweifelhaft ist die Entfaltung des Kapitalismus bisher zugleich von einer stürmischen Ausdehnung seines geographischen Geltungsbereichs begleitet gewesen. Diese kapitalistische Erschliessung des nichtkapitalistischen Raumes der Erde hat dem Kapitalismus nach der ökonomischen Imperialismustheorie erst die Lebenskraft verliehen, die er bisher bewiesen hat. Nun geht aber der Vorrat an Quadratkilometern, die vom Kapitalismus noch erschlossen werden können, seinem Ende entgegen, während gleichzeitig der Widerstand der noch in Frage kommenden Völker gegen die kapitalistische Durchdringung im Wachsen begriffen ist. Die gegenwärtige Weltkrise bringt also — wenn wir diesen Gedankengang weiterverfolgen — zum Ausdruck, dass die kapitalistische Expansion ihre räumliche Grenze erreicht hat, wodurch der Kapitalismus in seinem Lebensnerv getroffen wird. Es leuchtet ein, von wie ungeheurer Bedeutung es ist, ob dieser Gedankengang begründet ist oder nicht.

II.

Ist es wahr, dass der Imperialismus eine notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist? Das ist die Frage, die wir nunmehr zu beantworten haben.

Die Behauptung, dass der Imperialismus eine notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus ist, wird uns nur dann wirklich überzeugen können, wenn ein empirischer Beweis nach zwei Richtungen geführt wird: 1. dass es niemals Imperialismus ohne Kapitalismus, und 2. dass es niemals Kapitalismus ohne Imperialismus gegeben hat. Man braucht aber diesen Beweis nur zu verlangen, um schon im voraus zu wissen, dass das Verlangen unerfüllbar ist.

Die Behauptung, dass es niemals Imperialismus ohne Kapitalismus gegeben hat, wird fast auf jeder Seite der bisherigen Menschheitsgeschichte widerlegt ¹⁾.

¹⁾ Vgl. dazu vor allem: J. Schumpeter, Zur Soziologie der Imperialismen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 46, 1919.

Wie noch ausführlicher zu zeigen sein wird, steht auch der Imperialismus der neuesten Geschichte nur in einem sehr lockeren, ja sogar in einem gegensätzlichen Verhältnis zum Kapitalismus. Der unter Punkt 1 verlangte Beweis kann also unter keinen Umständen geführt werden.

Nicht besser steht es mit dem unter Punkt 2 verlangten Beweis, dass es niemals Kapitalismus ohne Imperialismus gegeben hat. Er scheidet unerbittlich daran, dass es genügend Staaten gibt, die durch und durch kapitalistisch sind, ohne im mindesten imperialistisch zu sein. Es genügt, die Schweiz, Schweden, Dänemark, Norwegen und die Tschechoslowakei als Beispiele anzuführen. Im Grunde genommen ist auch Holland zu dieser kapitalistisch-nichtimperialistischen Gruppe zu rechnen. Obwohl es über stattlichen Kolonialbesitz verfügt und bei seiner Erwerbung erhebliche Expansionsenergie bewiesen hat, ist die holländische Expansionskraft längst erlahmt, so dass es in diesem Falle an der Dynamik fehlt, die für den Imperialismus charakteristisch ist und in der ökonomischen Imperialismustheorie vorausgesetzt wird. Die Tatsache nun, dass es kapitalistische Länder ohne den geringsten Imperialismus gibt, ist für die ökonomische Imperialismustheorie um so ungünstiger, als sich in dieser Gruppe Länder befinden, die zu den wirtschaftlich führenden gehören und das kapitalistische Wirtschaftssystem besonders ausgeprägt vertreten. Sie sind wirtschaftlich ebenso mächtig, wie sie politisch ohnmächtig sind. Es lässt sich schwerlich leugnen, dass z. B. die Schweiz ihren Reichtum nicht zuletzt gerade dem Umstand verdankt, dass sie nicht Imperialismus getrieben hat, d. h. dass sie keine kostspielige und die friedlichen Handelsbeziehungen störende Politik betrieben hat und in Jahrhunderten ungestörten Friedens beharrlich ihren Kapitalbesitz vermehren konnte.

Das Beispiel der Schweiz könnte nun einem hartnäckigen Vertreter der ökonomischen Imperialismustheorie Veranlassung zu der Frage geben, ob sich denn der Imperialismus notwendigerweise politischer Mittel bedienen müsste, um sein Ziel, die Gewinnung einer Herrschaftsposition, zu erreichen. Hat sich nicht «die Schweiz» Norditalien durch seine Banken und Elektrizitätsunternehmen «unterworfen»? Es bedarf jedoch keines tiefen Nachdenkens, um die Begriffsverwirrung, die in solchen Vorstellungen steckt, zu erkennen. Wir unterstellen als richtig, dass der Besitz von Banken, Elektrizitätsunternehmen, Eisenbahnen und Gasgesellschaften Einfluss und Macht verleiht, deren Träger ihren Wohnsitz möglicherweise im Auslande haben. Es wäre aber durchaus verfehlt, daraus zu folgern, dass hier «Imperialismus» vorliegt. Denn wenn dieser Ausdruck überhaupt noch einen vernünftigen Sinn behalten soll, so ist es notwendig, dass das Subjekt der imperialistischen Politik ein auswärtiger Staat ist. Gerade an diesem Subjekt fehlt es aber in unserem Beispiel, denn es ist ja nicht die «Schweiz», die sich nach Oberitalien ausdehnt, sondern es sind einzelne Schweizer — natürliche oder juristische Personen —, die dort ihre Geschäfte machen und dabei hoffen, auf ihre Rechnung zu kommen. Es liegt hier ein in nationalökonomischen Betrachtungen ausserordentlich häufiger und oft zu gefährlichen Konsequenzen führender Denkfehler vor, den man als «Begriffsrealismus» bezeichnet, d. h. ein Denkfehler, der darin besteht, dass

ein Begriff — z. B. die «Schweiz» — zu einer wirkenden Realität umgedacht wird, die — in unserem Beispiel — in Italien Elektrizitätsunternehmungen gründet. Es ist derselbe Denkfehler, der vor dem Kriege zu der verhängnisvollen Vorstellung geführt hat, als ob «Deutschland» mit «England» im Konkurrenzkampf läge, obwohl es nicht «Deutschland» und «England» waren, die miteinander konkurrierten, sondern einzelne Deutsche und Engländer, während es gleichzeitig ebensoviele Deutsche und Engländer gab, die ebenso erbittert mit ihren Landsleuten konkurrierten und Angehörige der anderen Nation als Kunden oder Lieferanten hatten. Wenn wir zu dem Beispiel der Schweiz zurückkehren, so ist schliesslich auch die Frage erlaubt, wodurch sich denn eigentlich die Gründung von Zweigunternehmungen im Auslande von der Ausdehnung eines Unternehmens innerhalb eines Landes unterscheidet. Bedeutet die Errichtung einer Zweigstelle der Deutschen Bank in Königsberg Berliner Imperialismus? Diese Frage bedarf keiner Antwort. Jeder, der mit der Theorie des Aussenhandels vertraut ist, wird erkennen, dass der hier vorliegende Fehlschluss nur ein Beispiel für die so überaus verbreitete Vorstellung ist, dass ein sozialökonomischer Vorgang sein Wesen ändert, sobald an ihm Angehörige verschiedener Nationen beteiligt sind ¹⁾. Den meisten Menschen kommt offenbar nicht der Gedanke, dass — um ein anderes Beispiel zu nennen — die Handelsbilanz eines Landes ihrem Wesen nach sich in keiner Weise von der Handelsbilanz einer Stadt innerhalb eines Landes unterscheidet. Es wäre vorstellbar, dass eine Handelsbilanz der Stadt Istanbul statistisch errechnet würde, die sich sicherlich als hochgradig passiv erweisen würde. Dasselbe gilt für alle Grossstädte der Welt. Es ist also nur dem Fehlen einer besonderen Handelsstatistik der Grossstädte zu verdanken, dass ihren unglücklichen Bewohnern nicht durch Sorgen um ihre «passive Handelsbilanz» der Schlaf geraubt wird.

Es ist mithin unzulässig, von Imperialismus zu sprechen, wenn in einem Lande ein ausländisches Unternehmen errichtet wird, solange nicht die Regierung des ausländischen Staates mit ihren politischen Druck- und Machtmitteln hinter einer solchen Gründung steht, wie es etwa bei den Kapitulationen des osmanischen Reiches, bei der Bagdadbahn und in allen ähnlichen Fällen zu konstatieren ist. Natürlich muss man sich dabei vor der Übertreibung hüten, unpolitischen Gründungen ausländischer Unternehmungen jede spezifische Bedeutung abzusprechen. Selbstverständlich verleiht der Betrieb einer Bank oder eines Elektrizitätswerkes erheblichen wirtschaftlichen Einfluss, und selbstverständlich gibt es sehr triftige Gründe dafür, dass ein Land diesen Einfluss einem ausländischen Unternehmen nicht einzuräumen bereit ist. Meistens wird es aber so sein, dass die ungehemmte Ausnutzung des wirtschaftlichen Einflusses, den der private Betrieb eines Unternehmens durch eine ausländische

¹⁾ Vgl. dazu: W. Röpke, Geld und Aussenhandel, Jena 1925; W. Röpke, Weltwirtschaft und Aussenhandelspolitik, Berlin 1931; W. Sulzbach, Der wirtschaftliche Begriff des «Auslands», Weltwirtschaftliches Archiv, 1930, S. 55 ff.; W. Sulzbach, Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse, Leipzig 1929; L. Mises, Nation, Staat und Wirtschaft, Wien 1919.

Gesellschaft verleiht, gerade dann bedenklich erscheint, wenn dieselben Bedenken auch gegenüber einem inländischen Unternehmen am Platze wären, d. h. immer dann, wenn es sich um ein Monopol handelt.

III.

Unsere Untersuchung hat zu dem Ergebnis geführt, dass es sowohl Imperialismus ohne Kapitalismus wie auch Kapitalismus ohne Imperialismus gibt. Damit sind der ökonomischen Imperialismustheorie, die den Imperialismus als eine notwendige Begleiterscheinung des Kapitalismus hinstellt, die tragenden Stützen entzogen. Diese Feststellung ist überaus wichtig, aber wir dürfen uns nicht mit ihr begnügen, wenn wir der ökonomischen Imperialismustheorie gerecht werden wollen. Sowohl dem Nachweis, dass es Imperialismus ohne Kapitalismus, wie auch dem anderen, dass es Kapitalismus ohne Imperialismus gibt, könnten die Vertreter der ökonomischen Imperialismustheorie noch gewisse Gegenargumente entgegenstellen. So könnten sie auf den Nachweis, dass die Geschichte die Möglichkeit des Imperialismus ohne Kapitalismus beweist, mit der Erwägung replizieren, dass der moderne Imperialismus sich eben von dem vorkapitalistischen Imperialismus dadurch unterscheidet, dass der Kapitalismus als treibende Kraft dahinterstehe, und sie könnten eigensinnig hinzufügen, dass dies eben der eigentliche Imperialismus wäre, der sie allein interessiert. Unser Nachweis, so könnten sie sagen, beweist nur, dass an die Stelle abgestorbener Motive des Imperialismus ein neues mächtiges Motiv, eben der Expansionsdrang des Kapitalismus, getreten ist, mit dem der moderne Imperialismus stehe und falle. Freilich ist damit ja keineswegs gesagt, dass mit der Beseitigung des Kapitalismus auch der Imperialismus verschwinden würde, da er ja ebenso wie in der vorkapitalistischen Vergangenheit, so auch in der nachkapitalistischen Zukunft aus andersartigen Motiven heraus neu entstehen könnte. Schwerer dürfte daher ein anderer Einwand wiegen, nämlich ein Einwand, der sich gegen unseren Nachweis richtet, dass es in der Gegenwart Kapitalismus ohne Imperialismus gibt. Zugegeben, so könnte man sagen, dass man kleineren und weltpolitisch ohnmächtigen Ländern wie der Schweiz und den skandinavischen Ländern nicht gut imperialistische Politik zuschreiben kann, aber wäre es nicht denkbar, dass diese Länder, im Schatten und im Schutze der imperialistischen Grossmächte, von den wirtschaftlichen Früchten der imperialistischen Politik jener Mächte zehren?

Um unsere Ablehnung der ökonomischen Imperialismustheorie nach allen Richtungen zu sichern, ist es daher notwendig, nunmehr alle Versuche zu prüfen, die unternommen worden sind, um den Imperialismus als eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus abzuleiten. Am wichtigsten sind dabei diejenigen Versuche, die von marxistischer Seite unternommen worden sind.

Dass der moderne Imperialismus eine notwendige und unvermeidliche Folge des Kapitalismus ist, dürfte zum Glaubensbekenntnis der Mehrzahl der Marxisten gehören. Seltsamerweise verfügt jedoch der moderne Marxismus keineswegs über eine einheitliche Imperialismustheorie, vielmehr sind eine Reihe von Imperialismustheorien begründet worden, deren Vertreter sich unter-

einander so heftig kritisieren, dass dem nichtmarxistischen Kritiker nicht mehr viel zu tun übrig bleibt. Schon dieser Zustand ist nicht gerade ein Beweis für die innere Überzeugungskraft jenes marxistischen Glaubensartikels.

Marx und Engels hatten dem Problem, das sich ja erst nach ihrem Tode durch die Entfaltung der imperialistischen Politik zu seiner vollen Grösse entwickelte, erklärlicherweise nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Die marxistische Imperialismustheorie ist vielmehr erst das Werk der Epigonen. Unter ihnen hat die Imperialismustheorie Rosa Luxemburgs¹⁾ besondere Beachtung gefunden.

Die von Rosa Luxemburg entwickelte und neuerdings von F. Sternberg²⁾ wiederaufgenommene und modifizierte Imperialismustheorie läuft auf folgenden Gedanken hinaus. Karl Marx hatte eine stetige und schliesslich zum Zusammenbruch des Kapitalismus führende Verschärfung der Wirtschaftskrisen vorausgesagt, weil die inneren Disharmonien des Kapitalismus, insbesondere die sogenannte Überakkumulation (übermässige Kapitalbildung der Kapitalisten bei wachsender Verelendung der Massen, d. h. wachsender Verengung der Konsummärkte), den Absatz der mit ständig sich vergrösserndem Produktionsapparat erzeugten Produkte immer mehr erschweren müsse. Diese Voraussage einer stetigen Verschlimmerung der Krisen bis zur schliesslichen Explosion des Kapitalismus war nun zum grossen Unbehagen der marxistischen Theoretiker nicht nur unerfüllt geblieben, sondern sogar in einen wachsenden Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung vor dem Weltkriege getreten. Wenn man den Kerngedanken der marxistischen Theorie — den Gedanken der Selbstaufhebung des Kapitalismus durch die inneren Widersprüche seines Mechanismus — retten wollte, so musste man versuchen, Umstände ausfindig zu machen, die möglicherweise die Todesfrist des Kapitalismus verlängert haben. In diesem Zusammenhange schien nun der moderne Imperialismus ausgezeichnete Dienste zu leisten. Man brauchte nur zu behaupten, dass der Kapitalismus sich nur deshalb so lange und bei vortrefflicher Gesundheit am Leben erhalten habe, weil die kapitalistischen Länder das Problem der Akkumulation durch den imperialistischen Vorstoss in die nichtkapitalistischen Gebiete der Weltwirtschaft vorübergehend gelöst hätten. Die marxistische Theorie von der Selbstaufhebung des Kapitalismus erhielt dadurch eine Wandlung ins Politische, denn nach dieser Theorie kommt die Selbstaufhebung nicht wie bei Marx auf dem organischen Wege einer stetigen Verschlimmerung der Krisen, sondern auf dem Umwege über die aussenpolitischen Konflikte zustande, in die der Versuch, den Krisen durch den imperialistischen Vorstoss in den nichtkapitalistischen Raum auszuweichen, schliesslich hineinführt. Tatsächlich sind dies die Hauptgedanken der von Rosa Luxemburg begründeten Imperialismustheorie³⁾.

¹⁾ Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913.

²⁾ F. Sternberg, Der Imperialismus. Berlin 1926.

³⁾ Die Luxemburgsche Imperialismustheorie ist zugleich eine Theorie zur Erklärung der Konjunkturschwankungen, wenn man die Hochkonjunktur als eine Welle neuer imperialistischer Expansion und die Depression als eine vorübergehende Einschränkung derselben auffasst.

Die Luxemburg-Sternbergsche Imperialismustheorie hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Bei näherer Betrachtung löst sie sich jedoch in reinste Vulgärökonomie von der Art auf, wie wir sie aus naiven Begründungen des Protektionismus kennen. Wenn wir zunächst unterstellen, dass tatsächlich ein kapitalistisches Akkumulationsproblem — d. h. ein Hinauswachsen der Produktivkräfte über die Absatzmöglichkeiten — besteht, so haben wir zu prüfen, ob der nichtkapitalistische Raum wirklich ein Ventil für diesen Überdruck im Kessel der kapitalistischen Volkswirtschaften ist. Diese Frage ist mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Denn was bedeutet eigentlich dieses «Abstossen der Überschussproduktion»? Dafür gibt es folgende Möglichkeiten:

1. Der Mehrexport erfolgt gegen sofortige Bezahlung, so dass das exportierende Land nunmehr über eine entsprechende Menge an Gold oder Devisen verfügt. Dieses Geld kann verwendet werden:

- a) Zur Vergrößerung der Geldmenge im eigenen Lande, was *ceteris paribus* offenbar auf einen reinen Inflationsprozess hinausläuft. Diese Inflation kann man aber bekanntlich billiger und bequemer haben als auf diesem etwas beschwerlichen Umwege der Produktion und des Exports von Gütern und des diplomatischen und militärischen Kampfes um auswärtige Absatzgebiete. Wie dadurch die Überakkumulation beseitigt werden soll, ist nicht einzusehen. Im Gegenteil wird auf Grund bekannter Zusammenhänge ¹⁾ gerade dadurch erst eine — allerdings vorübergehende — Überakkumulation erzeugt. Es ergibt sich also für diesen Fall der groteske und für die ökonomische Imperialismustheorie vernichtende Schluss, dass der Imperialismus die Überakkumulation, statt sie zu beseitigen, erst erzeugt.
- b) Zur Bezahlung zusätzlicher Wareneinfuhr. Jetzt sind also lediglich an die Stelle inländischer Güter ausländische getreten, für die das vorausgesetzte Absatzproblem in demselben Umfange wie für die inländischen fortbesteht. Das Problem der Überakkumulation wird in keiner Weise gelöst. Ja, es wird sogar noch dadurch verschärft, dass der Austausch mit dem Auslande nach den Gesetzen der internationalen Arbeitsteilung der einheimischen Industrie zusätzliche Gewinne und der gesamten Volkswirtschaft eine Vermehrung des verfügbaren Warenvorrates einträgt.

2. Der Mehrexport erfolgt gegen Kreditierung des Gegenwertes. Solange keine Verzinsung und Rückzahlung der Kredite erfolgt, ist das exportierende Land allerdings die Waren losgeworden, genau so als ob sie verschenkt oder vernichtet worden wären. Wollte man dabei stehenbleiben, so wäre wiederum nicht zu verstehen, warum man dafür den beschwerlichen Umweg des diplo-

Gegen diese Konjunkturtheorie der «Schwankungen des expansiven Vordringens der kapitalistischen Wirtschaften in den nichtkapitalistischen Raum» spricht nicht nur ihre Gekünsteltheit, sondern vor allem der Umstand, dass es eher die Zeit der Depression ist, in denen mit besonderer Energie die Auslandsmärkte aufgesucht werden.

¹⁾ Vgl. dazu: W. Röpke, *Kredit und Konjunktur*, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1926, S. 243 ff., und W. Röpke, *Krise und Konjunktur*, Leipzig 1932.

matischen und militärischen Kampfes um auswärtige Absatzgebiete wählen sollte. In demselben Masse aber, wie die Verzinsung und Rückzahlung erfolgt, unterscheidet sich dieser Fall in nichts von dem ersten Fall des Mehrexports gegen sofortige Bezahlung, bringt also keine Lösung, sondern nur eine Verschärfung des Problems der Überakkumulation. Es ist übrigens wiederum eine Spielart des verhängnisvollen «Begriffsrealismus», der die Vertreter dieser Imperialismustheorie dagegen blind macht, dass, wenn Mehrexport gegen Kredite (ausländische Kapitalsanlagen) ein Ausweg aus dem «Akkumulationsverhängnis» sein soll, man den Produktionsüberschuss ebenso gut und mit geringerer Mühe auf demselben Wege im Inlande loswerden könnte¹⁾.

Die Luxemburg-Sternbergsche Imperialismustheorie hat sich also in demselben Fehler verstrickt, der neunzehntel alles protektionistischen Denkens beherrscht, nämlich in den Fehler, nur ein Stück des Aussenhandels zu betrachten und nicht über den Gesamtmechanismus des Aussenhandels nachzudenken. Mit einer Unbefangenheit, die bei so scharfsinnigen Autoren in Erstaunen versetzt, haben sie sich die merkantilistische Anschauung zu eigen gemacht, dass der Export ein Ausweg aus allen Nöten ist, ohne darüber nachzudenken, dass er mit dem Import aufs engste verknüpft ist.

Der Beweis, dass der Imperialismus keine Lösung des Akkumulationsproblems bringt, ist damit lückenlos und unwiderleglich. Ja, es konnte sogar gezeigt werden, dass von ihm eine Verschärfung des Problems erwartet werden müsste. Damit muss dieser Versuch, den Imperialismus aus inneren Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus abzuleiten, als vollständig gescheitert betrachtet werden. Deshalb würde sich an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange auch eine Prüfung der Frage erübrigen, ob das Problem der Akkumulation, für das nach der Luxemburgschen Theorie der Imperialismus eine Lösung bieten soll, überhaupt existiert²⁾. Immerhin verdient hier der Umstand Beachtung, dass die Existenz eines solchen Problems recht unwahrscheinlich wird, wenn sich der Schluss ergibt, dass sich der Kapitalismus riesenhaft entwickeln konnte, ohne durch den Imperialismus von dem vermeintlichen Akkumulationsproblem befreit zu werden.

¹⁾ Dieselben unausrottbaren Vorstellungen führen übrigens in anderem Zusammenhange dazu, dass heute in den westlichen Ländern sehr viele, die eine innere Kreditexpansion ablehnen, glauben, die Krise dadurch bekämpfen zu können, dass die brachliegenden Produktionskräfte des Landes für die wirtschaftliche Entwicklung nichtkapitalistischer Länder eingesetzt werden. Das hat nur insofern einen Sinn, als sich in diesem fortgeschrittenen Stadium der Depression im Inlande möglicherweise nicht genügend private Kreditnehmer finden.

²⁾ Das Problem der Akkumulation spielt in populären Krisenerklärungen der jüngsten Zeit noch immer eine grosse Rolle, so vor allem in den Vereinigten Staaten, wo es besonders Foster und Catchings sind, die in ihren verschiedenen Schriften (Profits, 1925; Business without a Buyer, 1927; The Dilemma of Thrift, 1928 u. a.) behaupten, dass durch die Kapitalbildung die Produktionsmöglichkeiten immer wieder über die Absatzmöglichkeiten hinauswachsen. In meinen oben angeführten Schriften habe ich dargelegt, dass ein solches Problem als ein Dauerproblem nicht existiert, sondern nur als ein kurzfristiges Konjunkturproblem. Zum selben Ergebnis kommen: F. A. Hayek, The «Paradox» of Saving, *Economica* Mai 1931 und A. H. Hansen, *Business-Cycle Theory*, New York 1927.

IV.

Dass die Luxemburgsche Theorie unhaltbar ist, konnte auch im Lager des Marxismus nicht lange verborgen bleiben. Sie ist daher auch mit Argumenten, die den hier entwickelten ähnlich sind, von marxistischer Seite aufs heftigste angegriffen worden und kann wohl heute als allgemein abgelehnt gelten. Da man aber entschlossen war, an der ökonomischen Imperialismustheorie als solcher festzuhalten, hat man versucht, den engen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Kapitalismus auf andere Weise zu beweisen. Nur die wichtigsten dieser Versuche sollen hier noch kurz beleuchtet werden.

Wenn man die Luxemburgsche Theorie, nach der die äussere Expansion die notwendige Folge der Überakkumulation im Innern ist, ablehnt, so entsteht die Frage, welches denn die eigentliche Ursache dieser äusseren Expansion ist (die wir, falls sie mit politischen Druckmitteln erfolgt, als Imperialismus bezeichnen). Darauf hat kein Geringerer als Marx selbst die richtige Antwort erteilt, wenn er sagt: «Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann ¹⁾». Auf diesen einfachen Gedanken haben viele marxistische Imperialismustheoretiker zurückgegriffen ²⁾. Dass er richtig ist, kann nicht bezweifelt werden. Auch die akademische Nationalökonomie erklärt die ökonomische Expansion nicht anders, wenn sie auch andere Worte wählt und nüchtern davon spricht, dass das Kapital die Tendenz hat, sich denjenigen Gebieten zuzuwenden, in denen die Grenzproduktivität des Kapitals am grössten ist. Es klingt sehr dramatisch, wenn man von der «Jagd nach Surplusprofiten» (Bucharin) spricht, aber was beweist das? Es beweist eben nur, dass das Kapital nicht nur im Innern eines Landes, sondern auch international die Tendenz hat, sich so zu verteilen, dass eine Verwendung, in der es einen grösseren Nutzen stiftet, vor einer Verwendung, in der es einen geringeren Nutzen stiftet, bevorzugt wird. Ein wichtiger Unterschied zwischen inländischen und internationalen Kapitalwanderungen besteht nur darin, dass sich die internationalen Kapitalwanderungen unter grösseren Hemmungen vollziehen, da auch das Kapital nicht ohne besonders starken Antrieb die Landesgrenze überschreitet. Vom Standpunkte der Weltwirtschaft aus kann eine solche Kapitalverteilung nur als rationell bezeichnet werden, und auch ein sozialistischer Weltstaat würde eine ähnliche Kapitalverteilung vornehmen müssen, wie sie heute in der Form der «Jagd nach Surplusprofiten» vor sich geht. Mit Imperialismus hat das zunächst nicht das mindeste zu tun. Erst wenn die Kapitalsanlage im Auslande politischen Charakter annimmt, können wir von Imperialismus sprechen. Das ist zwar sehr oft, aber doch keineswegs notwendigerweise der Fall. Die Möglichkeit, durch auswärtige Kapitals-

¹⁾ K. Marx, Kapital, III, 1, S. 238.

²⁾ Vor allem machen die kommunistischen Propagandaschriftsteller davon weitgehenden Gebrauch, so z. B. Bucharin, Imperialismus und Akkumulation des Kapitals. Unter dem Banner des Marxismus (Berlin) Jahrgang I, Heft 2, und E. Varga, Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus, Hamburg 1924.

anlage im Verein mit politischem Druck auf das Land, das «erschlossen» wird, hohe Profite mit mehr oder weniger ausgeprägtem Ausbeutungscharakter zu erzielen, ist zwar ausserordentlich gross und eines der Hauptmotive der europäischen Kolonialpolitik gewesen, aber niemand wird behaupten wollen, dass die innere Struktur des Kapitalismus zu einer solchen Politik zwingt. Dass man sich durch Gewalt auf Kosten anderer bereichern kann, ist keine neue und grosse Entdeckung. Die Versuchung zur Bereicherung auf Kosten anderer ist zu allen Zeiten und unter allen Wirtschaftssystemen vorhanden und immer eine Hauptursache von Kriegen gewesen. Nun ist es gerade das Wesen des Kapitalismus, dass die Herrschaft über die Wirtschaft in der Hand privater Unternehmer, nicht des Staates ruht. Es widerspricht also dem Wesen des Kapitalismus, wenn der Staat als Organisator und Beschützer imperialistischer Ausbeutung auftritt. Tut er es dennoch, so ist es sein freier Wille, nicht aber eine mystische Notwendigkeit des Kapitalismus. Der moderne Imperialismus ist also letzten Endes nicht ein ökonomisches, sondern ein politisches Phänomen.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat nun dahin geführt, dass im Verhältnis der Schuldnerstaaten zu den Gläubigerstaaten eine wichtige Veränderung eingetreten ist. Die alte Vorstellung, dass die Kapitalsanlage im Auslande das Schuldnerland zu einem gefügigen Vasallenstaat herabdrückt, entspricht nicht mehr vollständig der Wirklichkeit. Gerade die gegenwärtige Weltkrise beweist die Ohnmacht der Gläubigerstaaten gegenüber den zahlungsunfähig oder zahlungsunwillig gewordenen Schuldnerstaaten, eine Ohnmacht, die so weit geht, dass man fast von einer Überlegenheit der Schuldnerstaaten über die Gläubigerstaaten sprechen kann. Die Vereinigten Staaten haben z. B. den Verlust von Milliarden von Dollars, die sie in einigen südamerikanischen Staaten investiert haben, hingenommen, ohne auch nur den Versuch einer militärischen Exekution zu unternehmen. Deutschland hat den grössten Teil seiner Schuldenlast abwerfen können, ohne andere Konsequenzen als diejenigen, die auch im privaten Leben der faule Schuldner gewärtigen muss, d. h. Entrüstung und Angst der Gläubiger um den Rest ihres Geldes und Zerstörung der künftigen Kreditfähigkeit. Alle diese bitteren Erfahrungen werden für die Zukunft eine abschreckende Wirkung haben und die Bedeutung und den Umfang internationaler Kapitalwanderungen erheblich herabmindern, also gerade diese Quelle des Imperialismus verstopfen. Dass daran der Kapitalismus zugrunde gehen müsse, ist eine durch nichts bewiesene Behauptung. Die Zeit der hohen Kolonialprofite geht allerdings im Verlaufe dieses grossen Emanzipationsprozesses ihrem verdienten Ende entgegen¹⁾.

Die Begründung des Imperialismus mit dem Streben des Kapitals nach höchster Profitrate operiert mit einem durchaus zutreffenden Tatbestand, aber sie beweist nicht, was sie beweisen soll: dass der Imperialismus eine notwendige Folge des Kapitalismus ist. Anders ausgedrückt: das letzte Glied der Kausalkette ist ein politisches, und gerade dieses Glied ist das entscheidende.

¹⁾ Zu diesen und ähnlichen Ermattungstendenzen des Imperialismus vgl.: Arthur Salz, Die Zukunft des Imperialismus, Weltwirtschaftliches Archiv, Oktober 1930.

Das berechtigte uns zu dem Schluss, dass der Imperialismus letzten Endes ein politisches Phänomen ist. Das gleiche gilt für eine andere marxistische Imperialismustheorie, die vor allem von Hilferding ¹⁾ ausgestaltet worden ist. Nach dieser Theorie bestände allerdings in einem durch freie Konkurrenz und Freihandel charakterisierten Kapitalismus (Liberal-Kapitalismus) kein vernünftiges Interesse an politischer Expansion, aber, nachdem im Laufe der letzten 50 Jahre die Konkurrenz durch das Monopol und der Freihandel durch den Protektionismus verdrängt worden sei, sei das von diesen Wandlungen profitierende und sie fördernde Kapital — das «Finanzkapital» nach der Terminologie Hilferdings — aufs lebhafteste an politischer Expansion interessiert. Als Grund wird angegeben, dass der Schutzzoll in den hochkapitalistischen Ländern mehr und mehr die Funktion angenommen hat, Monopolbildungen im Innern zu erleichtern und den Monopolen eine volle Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen bei hohem Gesamtprofit dadurch zu sichern, dass sie hinter den Schutzzollmauern zu übermässig hohen Preisen und jenseits derselben zu übermässig niedrigen Preisen (Dumping) verkaufen. Je grösser das politisch beherrschte Gebiet ist, um so besser sind die Möglichkeiten einer solchen Monopolpolitik. Nicht nur hören jetzt die politischen Grenzen auf, ökonomisch gleichgültig zu sein, vielmehr erhält jetzt die ganze Wirtschaftspolitik einen aggressiven Charakter. Die wesentlich friedliche Atmosphäre des Liberalkapitalismus ist jetzt vergiftet ²⁾. Das alles ist ohne jeden Zweifel zutreffend. Es ist wahr, dass das Zwillingsspaar des Protektionismus und des Monopolismus starke imperialistische Interessen geschaffen hat, aber auch hier sind verschiedene schwerwiegende Einwände zu beachten. Zunächst muss man sich vor einer übertriebenen Abschätzung dieser Zusammenhänge hüten; tatsächlich würde nur ein Teil, und nicht einmal ein sehr grosser Teil, der imperialistischen Politik der letzten 50 Jahre erklärt werden können. Ferner ist auch hier das letzte Glied der Kausalkette ein politisches, ja sogar die letzten beiden Glieder: erstens ist nämlich der Protektionismus kein wesentliches Kennzeichen des Kapitalismus, sondern das Produkt einer bestimmten Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie, und zweitens hängt es wiederum von einer politischen Entscheidung ab, ob sich der Staat zum Vorspann der so geschaffenen imperialistischen Interessen hergibt oder nicht. Also ergibt auch diese Beweisführung nicht, dass der Imperialismus eine unentrinnbare Notwendigkeit ist, solange der Kapitalismus besteht.

Noch ein letzter Versuch, den Imperialismus aus den wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus abzuleiten, ist hier zu erwähnen. Ein Ansatz dazu findet sich ebenfalls bereits bei Marx, der an einer von Bucharin ³⁾ zitierten Stelle davon spricht, dass nur im Innern eines Landes oder im Verkehr zweier Länder mit der gleichen Wirtschaftsstruktur gleiche Werte gegeneinander

¹⁾ R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1910 (2. Auflage 1923).

²⁾ Besonders gut dargestellt bei J. Schumpeter, a. a. O. Vgl. auch: Helen Bosanquet, *Free Trade and Peace in the Nineteenth Century*, Kristiania 1924.

³⁾ Bucharin, *Imperialismus und Akkumulation des Kapitals*. Unter dem Banner des Marxismus (Berlin), Jahrgang I, Heft 2 (nach N. Moszkowska, *Das Marxsche System*, Berlin 1929).

ausgetauscht werden, nicht aber im Verkehr der kapitalistischen Länder mit den Kolonien oder kolonieähnlichen Ländern, so dass das technisch fortgeschrittene Land das technisch rückständige Land ausbeutet. Diese Behauptung von Marx scheint heute eine beträchtliche Rolle in der wirtschaftspolitischen Ideologie der halbkapitalistischen Rohstoffländer zu spielen, wo sie benutzt wird, um die Notwendigkeit einer durch den Staat geleiteten schnellen Industrialisierung zu beweisen ¹⁾, sofern man es nicht vorzieht, die verwandten Gedankengänge Friedrich Lists heranzuziehen. Eine nähere Prüfung zeigt jedoch, dass es sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist, einen vernünftigen Sinn mit jener Behauptung zu verbinden. Es bedarf keiner Auseinandersetzung mit der Marxschen Wertlehre (die nach der Vertiefung des Wertproblems durch die moderne subjektivistische Theorie wohl kaum noch irgendwo ernst genommen werden kann), um klar zu erkennen, dass von einer Ausbeutung der technisch rückständigen Länder durch die technisch fortgeschrittenen nur dann die Rede sein könnte, wenn die wirtschaftliche Wohlfahrt der rückständigen Länder ohne den Wirtschaftsverkehr mit den fortgeschrittenen grösser sein würde. Niemand wird im Ernst eine solche Behauptung wagen. Auch innerhalb eines Landes gibt es Abstufungen in der technischen Ausrüstung der Unternehmungen; kann man aber behaupten, dass die technisch fortgeschrittenen Provinzen die technisch rückständigen ausbeuten? Kann man daran zweifeln, dass der arbeitsteilige Tauschverkehr zwischen ihnen beiden Teilen zugute kommt? Damit ist diesem Imperialismusargument vollständig der Boden ausgeschlagen. Dass das technisch rückständige Land sich noch besser stehen würde, wenn es seine Produktionsbedingungen verbessert, steht auf einem andern Blatt und hat nicht das mindeste damit zu tun, dass es sich noch schlechter stehen würde, wenn der Wirtschaftsverkehr mit den «imperialistischen» Ländern nicht existierte ²⁾. Dieser Wirtschaftsverkehr löst nun auch Kräfte aus, die im Verlaufe der Entwicklung schliesslich dazu führen, dass die rückständigen Länder den Vorsprung der fortgeschrittenen Länder durch Import von Kapital, Maschinen und Spezialisten einholen. Niemand kann daran zweifeln, dass z. B. der grosse Fortschritt der Produktionstechnik in Russland ohne die Hilfe der Maschinen, des Kapitals und der Spezialisten aus den «imperialistischen» Ländern kaum vorstellbar ist. Es versteht sich von selbst, dass mit der Zurückweisung dieses Imperialismusarguments nichts gegen die Modernisierungs- und Industrialisierungsbestre-

¹⁾ Dafür ist die gegenwärtige Industrialisierungsbewegung in der Türkei ein besonders gutes Beispiel. Sie wird stark beeinflusst von der Ideologie eines Kreises jüngerer Intellektueller in Ankara, der sich um die Zeitschrift «Kadro» (Kader) gruppiert und grosse Ähnlichkeit mit dem früheren «Tat-Kreis» in Deutschland besitzt, nur mit dem Unterschied, dass beim «Kadro» die geistige Anlehnung an Russland noch ausgeprägter ist. Der Kadro-Kreis ist, wie der Tat-Kreis, ausgesprochen nationalistisch-antikapitalistisch, aber, entsprechend dem russischen Vorbild, antiromantisch, technisch-rationalistisch. Der im Text erwähnte Gedankengang spielt in der Ideologie des Kadro-Kreises eine beträchtliche Rolle.

²⁾ Man tut gut, sich in diesem Zusammenhange eindringlich vor Augen zu halten, dass der Aussenhandel für die beteiligten Länder wie eine Verbesserung der Produktionsmethoden wirkt, da er dank der internationalen Arbeitsteilung die Güterbeschaffung der Produkte verbilligt. Die jedem Kenner der Theorie des Aussenhandels (Theorie der komparativen Kosten!) vertrauten Zusammenhänge können hier nicht weiter verfolgt werden.

bungen der rückständigen Länder ausgesagt wird. Für sie gibt es viele und ausgezeichnete Gründe, aber das Argument, dass man sich dadurch vom «Imperialismus» der fortgeschrittenen Länder befreien müsse, ist unhaltbar.

V.

Alle Versuche der marxistischen Schriftsteller, den Imperialismus als eine notwendige Folge des Kapitalismus hinzustellen, müssen damit als gescheitert betrachtet werden. Es lässt sich darüber hinaus sogar zeigen, dass eine imperialistische, kriegerische Politik den objektiven Interessen des Kapitalismus nicht nur nicht entspricht, sondern geradezu zuwiderläuft. Ein auf Arbeitsteilung und Tausch beruhendes Wirtschaftssystem bedarf des Friedens, wenn es gedeihen soll. Das objektive, vernünftige Interesse aller am Tauschverkehr Beteiligten verlangt ihn. Im Zeitalter der Weltwirtschaft und der Kriegstechnik, die sich in demselben Masse wie die friedlichen Zwecken dienende Technik entwickelt, hat der Krieg seinen ökonomischen Sinn verloren. Für die Gesamtheit des Volkes hat er aufgehört, ein gutes Geschäft zu sein, wenn auch freilich nicht für einzelne Gruppen ¹⁾. Dass der Weltkrieg ökonomisch widersinnig war, hätte die beteiligten Länder nicht erst der Ausgang zu lehren brauchen. Kein objektiver ökonomischer Konflikt kann für seinen Ausbruch verantwortlich gemacht werden. Gerade der Nationalökonom hat allen Anlass, der populären Überschätzung der wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges energisch entgegenzutreten. Ernsthaft könnte davon ja nur hinsichtlich des Konflikts zwischen England und Deutschland gesprochen werden, aber selbst in diesem Falle ist zu sagen, dass das, was die beiden Länder entzweit hat, keine ökonomische Rivalität war — beide waren einander die besten Kunden —, sondern jene politische Rivalität, die aus dem deutschen Flottenbauprogramm entstand. Die sogenannte ökonomische Rivalität zwischen Deutschland und England war nichts als die ideologische Verkleidung jener politischen Rivalität. Rein wirtschaftliche Kalkulation hätte auf beiden Seiten den Konflikt verbieten müssen. Tatsächlich spielte sie wie bei allen Kriegen nur eine untergeordnete Rolle, im Gegensatz zu Instinkten, Gefühlen und Leidenschaften. Die Atmosphäre, die der Kapitalismus schafft, dient aber eher der Zählung und Verdrängung als der Aufpeitschung atavistischer Kriegsleidenschaften. Die Träger des Kriegsgeistes sind gerade immer diejenigen Schichten, die dem Kapitalismus soziologisch am fernsten stehen. Dazu gehören neben der Aristokratie vor allem auch die wirtschaftsfremden und die wirtschaftliche Vernunft verachtenden Intellektuellen und Ideologen, vor dem Kriege wie heute. Der Antikapitalismus im heutigen Europa,

¹⁾ Darüber besteht eine reichhaltige Literatur, aus der neben den bekannten Schriften von Norman Angell (*The great illusion, Fruits of victory* u. a.) hervorzuheben sind: B. Russell, *Die Kultur des Industrialismus und ihre Zukunft*, München 1928; Schumpeter, a. a. O.; L. Mises, *Nation, Staat und Wirtschaft*, Wien 1919; S. Rubinstein, *Herrschaft und Wirtschaft*, München 1930; R. Behrendt, *Wirtschaft und Politik im Kapitalismus*, Schmollers Jahrbücher, 57. Jahrgang, 1933; R. Behrendt, *Zur Grundproblematik des Kapitalismus*, Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 69. Jahrgang, 1933; M. B. Hammond, *Economic Conflict in International Affairs*, *The American Economic Review*, März 1933.

soweit er nicht konstruktiv-sozialistisch ist, ist zugleich der Hauptträger des Bellizismus.

Dass es einzelne Wirtschaftsgruppen und Unternehmungen gibt, die ein objektives ökonomisches Interesse an aggressiver Aussenpolitik haben, wäre absurd zu leugnen. Die unheilvolle Rolle der Rüstungsindustrie soll nicht im geringsten verkleinert werden. Indessen ist die Rüstungsindustrie nicht mit dem «Kapitalismus» identisch, und ausserdem steht es unzweifelhaft so, dass auf die Dauer und im ganzen nicht die Rüstungsindustrie die aggressive Aussenpolitik, sondern die aggressive Aussenpolitik die Rüstungsindustrie schafft.

Es lässt sich schliesslich auch nachweisen, dass allen Fragen territorialer Herrschaft, die ja den Kern jeder Aussenpolitik bilden, durchaus nicht jene objektive ökonomische Bedeutung zukommt, die ihnen gewöhnlich zugeschrieben wird, — solange das Wirtschaftsleben von den Grundsätzen des Kapitalismus beherrscht wird. Gerade hier wimmelt es von ideologischen Verzerrungen und begriffsrealistischen Gedankenlosigkeiten, die man unter dem Ausdruck «geographische Romantik» zusammenfassen könnte¹⁾. Ein Musterbeispiel dafür ist das berühmte Verlangen nach «Korridoren» und «Zugängen zum Meer». Keinerlei ökonomische Notwendigkeit bestand dafür, Polen durch den Korridor, der so viel Unfrieden gestiftet hat, einen territorialen Zugang zum Meere zu verschaffen, und keinerlei ökonomische Notwendigkeit besteht heute für das ähnliche Verlangen Bulgariens. Es ist nicht einzusehen, warum ein Land seine Waren nicht über fremdes Gebiet und über fremde Häfen sollte verfrachten können, zumal dann, wenn durch die Einrichtung von Freihäfen oder durch zollpolitische Erleichterungen des Durchgangsverkehrs — Dingen, an denen das Durchfuhrland selbst ein dringendes Interesse hat — die Zollschwierigkeiten umgangen werden. Es gibt genug Binnenländer (Schweiz, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Persien de facto u. a.), die die Möglichkeit der Existenz eines Staates ohne einen Zugang zum Meere beweisen. Unter ähnlichen Gesichtspunkten ist die ökonomische Begründung der Kolonialpolitik einer strengen Kritik zu unterwerfen. Auch die Sicherung von Rohstoffquellen hat weniger ökonomische als politische Bedeutung, nämlich für den Kriegsfall, entspringt also keineswegs einer kapitalistischen Notwendigkeit.

Im reinen, durch Wirtschaftsfreiheit gekennzeichneten Kapitalismus haben die Staatsgrenzen kaum irgendeine ökonomische Bedeutung. Aber in dem Masse, wie diese Wirtschaftsfreiheit durch Staatseingriffe eingeschränkt wird, nimmt die ökonomische Bedeutung der Grenzen zu und damit auch die Möglichkeit der Konflikte zwischen den Staaten. Wenn vollends durch den Sozialismus «dominium» und «imperium» — Wirtschaftssphäre und Staatssphäre — vollständig miteinander zur Deckung gebracht sind, werden Territorialfragen zu ökonomischen Fragen allererster Ordnung, was ein neues Licht auf die Behauptung wirft, dass der Kapitalismus zur Entzweiung der Völker führt.

¹⁾ Die neue Wissenschaft, die sich «Geopolitik» nennt, ist noch immer sehr stark mit geographischer Romantik durchtränkt. Man kann kaum eine geopolitische Abhandlung zur Hand nehmen, ohne auf die Konfusion von «imperium» und «dominium» zu stossen.

VI.

Wir glauben, kein wesentliches Argument der ökonomischen Imperialismustheorie, die den modernen Imperialismus als politische Konsequenz der ökonomischen Struktur des Kapitalismus hinstellt, unberücksichtigt gelassen zu haben und dürfen nunmehr die gefundenen Ergebnisse zu dem Satze zusammenfassen: Der Imperialismus ist nicht nur kein systemnotwendiger Bestandteil des Kapitalismus, sondern, unbeschadet aller ökonomischen Zwischenglieder, eine systemfremde und systemwidrige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist nicht nur als ein «reiner» Kapitalismus ohne Imperialismus — ebenso wie ein «reiner» Kapitalismus ohne Ausbeutung im Innern eines Landes — vorstellbar und lebensfähig; vielmehr ist der Imperialismus eine Quelle grösster Reibungen und Zerstörungen, die den Kapitalismus bisher daran gehindert haben, zu zeigen, welche wohlstandschaffende Kraft in ihm steckt, und ihm möglicherweise schliesslich den Untergang bereiten werden. Zwei Tatsachen sind es, die es vornehmlich erklären, warum der Kapitalismus der Menschheit nicht diejenige Steigerung der Massenwohlfahrt beschert hat, die man von ihm erwarten durfte: die hemmungslose Bevölkerungsvermehrung ¹⁾ und der Imperialismus. Beide stehen, wie das Beispiel Italiens und Japans zeigt, in engster Beziehung zueinander.

«Les rapports entre les hommes», hat Pantaleoni in seiner berühmten Antrittsvorlesung ²⁾ gesagt, «sont de trois genres dont deux ne sont pas régis par des lois économiques. Ces genres sont si différents les uns des autres, que je ne saurais bâtir aucun pont qui nous conduise de l'un à l'autre. Il y a, d'abord, des rapports violents, des rapports d'oppression, des rapports qui consistent en ceci que les uns détruisent ou bien qu'ils exploitent les autres... Il y a, en second lieu, des rapports d'altruisme, que l'on peut appeler des rapports de tutelle. Enfin, nous avons un troisième genre de rapports, des rapports contractuels, dans lesquels la violence qui préside au premier genre de rapports est exclue tout autant que l'est l'altruisme des rapports de tutelle». Man braucht sich nur darüber klar zu werden, dass der Imperialismus der ersten und der Kapitalismus der letzten Kategorie angehört, um zu erkennen, dass die Heterogenität des Imperialismus als eines Systems der Unterdrückung und Ausbeutung und des Kapitalismus als eines Systems kontraktueller Beziehungen kaum schärfer gekennzeichnet werden kann.

Damit ist nun klar geworden, dass der Imperialismus im letzten ein politisches Phänomen und als solches ein Geschöpf von Gefühlen, Leidenschaften und Instinkten ist ³⁾. Man hat früher geglaubt, daraus die optimistische Fol-

¹⁾ Darüber habe ich mich ausführlicher ausgelassen in meinen Aufsätzen: W. Röpke, Sozialökonomische Betrachtungen über den abnehmenden Bevölkerungszuwachs, *Economist* (holländisch), Haarlem, Jahrgang 1930, S. 637 ff.; W. Röpke, Die sozialökonomische Bedeutung des abnehmenden Bevölkerungszuwachses, *Magazin der Wirtschaft* (Berlin), Nr. 49 vom 5. Dezember 1930.

²⁾ M. Pantaleoni, *Du caractère logique des différences d'opinions qui séparent les économistes*, Genf 1897.

³⁾ Vgl. dazu: Seillière, *La philosophie de l'imperialisme*. Paris 1903/08; R. Behrendt, Zur Grundproblematik des Kapitalismus, *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volks-*

gerung ableiten zu können, dass das von der wirtschaftlichen Vernunft diktierte Friedensbedürfnis die irrationalen Kriegsinstinkte immer mehr bändigen würde. Wir sind heute weit von solchem Optimismus entfernt. Wir wissen, dass Instinkte, Gefühle und Leidenschaften die Menschen weit stärker beherrschen, als es der optimistische Rationalismus früherer Tage wahr haben wollte, und dass Tatsachen und Berechnungen die Welt weniger regieren, als ihr gut ist, ganz besonders in einer Zeit, die von Massenbewegungen bestimmt wird¹⁾. Weit entfernt davon, zu glauben, dass der Kapitalismus den Imperialismus besiegen wird, rechnen wir vielmehr mit der Möglichkeit, dass der Imperialismus und alle jene irrationalen Kräfte, die ihm im inneren Leben der Völker entsprechen, den Kapitalismus und damit unser gesamtes Kultursystem zertrümmern. Die sarkastische Bemerkung, dass der Mensch weniger ein «tool-making» als ein «munition-making animal» wäre, kommt uns heute nicht mehr übertrieben vor.

Es bleibt uns nur noch übrig, die Folgerungen aus unserer Ablehnung der ökonomischen Imperialismustheorie zu ziehen. Wir beschränken uns darauf, die zwei wichtigsten zu nennen.

Die erste Folgerung ist die, dass es offensichtlich unbegründet ist, die jetzige Weltkrise damit in Zusammenhang zu bringen, dass die äussere Expansion nunmehr auf räumliche Grenzen stösst, und daraus eine pessimistische Prognose für die Zukunft des Kapitalismus abzuleiten²⁾. Die Vorstellung, dass der Kapitalismus nur möglich ist, wenn sich sein räumlicher Geltungsbereich ständig erweitert, entbehrt jeder Grundlage. Für das Gedeihen des Kapitalismus ist nicht die Zahl der von ihm umspannten Quadratkilometer, sondern die Höhe der Kaufkraft entscheidend, die durch die Höhe der Produktion und durch den reibungslosen Austausch der arbeitsteilig erzeugten Produkte bestimmt wird.

Die zweite Folgerung ist die, dass, wenn man den Imperialismus bekämpfen will, man sich nicht gegen den Kapitalismus zu wenden braucht. Der Gegner des Imperialismus soll nicht glauben, zum Antikapitalismus verpflichtet zu sein, wie ihm die marxistische Theorie einzuimpfen bemüht ist. Das gilt nicht nur für die Gegner des Imperialismus in den hochkapitalistischen Ländern, sondern auch für die übrigen Länder, die bisher Objekte der imperialistischen Politik der Grossmächte waren und sich nun von ihr zu befreien suchen.

wirtschaft, 69. Jahrgang, 1933, S. 447 ff.; R. Behrendt, *Psychologie et sociologie du radicalisme politique*, *Revue des Sciences Politiques*, 56. Band, 1933, S. 550 ff.; W. Sulzbach, *Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse*, Leipzig 1929.

¹⁾ Darüber vor allem: José Ortega y Gasset, *Der Aufstand der Massen*, Stuttgart. Wichtige Gesichtspunkte auch bei: S. Freud, *Das Unbehagen in der Kultur*, Wien 1930.

²⁾ W. Röpke, *Die säkulare Bedeutung der Weltkrise*. *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1933, 37. Band, S. 1 ff.